

München-Göttingen/Amberg-Berlin, den 06. August 2014

## **Den Status quo im israelisch-palästinensischen Konflikt überwinden: Ein Appell an die westliche Diplomatie**

**von Judith & Reiner Bernstein, Ulrich Kusche und Tilman  
Spengler**

Nach der für 72 Stunden geltenden Feuerpause für den Gazastreifen und den Süden Israels vom 05. August wird sich niemand der Illusion hingeben, dass damit der Durchbruch für die Wiederaufnahme diesmal zielorientierter Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern erreicht sei:

Die Regierung in Jerusalem hat sich sämtliche Optionen einschließlich weiterer militärischer Operationen vorbehalten. Die Autonomiebehörde und die Repräsentanten der „ Hamas“ trennen politisch-ideologische Differenzen und werden darauf achten, dass Avigdor Liebermans Vorstellung keine Konsequenzen nach sich zieht, den Küstenstreifen aus einem künftigen Verhandlungsmandat herauszulösen und ihn unter eine wie auch immer ausgestaltete UN-Treuhandschaft zu stellen.

Auch wenn sich die israelische Politik seit langem einem Friedensvertrag mit einer Zweistaatenregelung als historische Chance verweigert, bleibt es dabei, dass der Staat Israel das unverbrüchliche Recht auf nationale Existenz und Sicherheit in den Grenzen zwischen 1949 und 1967 hat.

Dieses Recht schließt jedoch die Fortsetzung der Besetzung der international für die Bildung des Staates Palästina vorgesehenen Westbank und Ost-Jerusalems sowie die Fortführung der Blockade des Gazastreifens aus. Für die Golanhöhen sind gesonderte Regelungen mit einer künftigen Regierung Syriens zu treffen.

Die deutsche, die europäische und die US-amerikanische Diplomatie sind an der Kompromisslosigkeit vor allem israelischer Regierungen gescheitert, obwohl sie für sich seit langem eine Mitwirkung bei der Suche nach dem Frieden reklamiert haben. Ja, indem sie sich bei den regelmäßigen Ausbrüchen der Gewalt vornehmlich auf ein kurzfristiges Krisenmanagement konzentrieren, das darüber den Weg in die nachhaltige Konfliktlösung aus den Augen zu verlieren droht, sind die westlichen Hauptstädte in den Verdacht geraten, sich zu Erfüllungsgehilfen der israelischen Politik degradieren zu lassen.

Auch wenn uns bewusst ist, dass der Handlungsspielraum der Bundesregierung durch internationale Verträge und weitere Verpflichtungen begrenzt ist, sind wir als deutsche Staatsbürger davon überzeugt, dass die operativen Möglichkeiten des Einwirkens auf die Konfliktparteien nicht ausgeschöpft sind. Deshalb bitten wir die Bundesregierung, im Rahmen ihres Ansatzes „Review 2014 – Außenpolitik weiter entwickeln“ unsere Empfehlungen mit zu bedenken:

1. Bei den künftigen deutsch-israelischen Regierungskonsultationen sollte mehr denn je die Siedlungs- und Interventionspolitik zu Lasten eines künftigen Staates Palästina thematisiert werden.
2. Die Aufwertung der palästinensischen Vertretung in Berlin in die Botschaft Palästinas mit allen diplomatischen Privilegien erscheint uns geboten. Damit ist auch die begrenzte Autorität des „German Palestine Steering Committee“ überwunden.
3. Als künftige Teilhaberin des politischen Prozesses ist „Hamass“ auf die unzweideutige Anerkennung des Staates Israel in den Grenzen zwischen 1949 und 1967 zu verpflichten.

4. Der israelische und der palästinensische Botschafter sollten bei schwerwiegenden Verletzungen des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechtskonvention umgehend ins Auswärtige Amt einbestellt werden.
5. Die Bundesregierung möge die Umsetzung der EU-Richtlinie „Horizon 2020“ fortlaufend kritisch begleiten.
6. Die Bundesregierung sehen wir verpflichtet, die Zusammenarbeit in der Rüstungs- und Wehrtechnikwirtschaft an das erkennbare Maß der Selbstverteidigungsbedürfnisse Israels anzupassen, solange kein Friedensvertrag über die Zweistaatenregelung vorliegt und die ernsthafte existentielle Bedrohung aus der arabischen Nachbarschaft entfällt.
7. Die deutschen Behörden mögen die Reisedokumente israelischer Staatsbürger daraufhin prüfen, ob deren Wohnort bzw. deren Lebensmittelpunkt in den palästinensischen Gebieten liegt, und daraus die notwendigen rechtlichen Konsequenzen ziehen.
8. Die Regierung Ägyptens ist gefordert, die Grenzübergänge vom Gazastreifen auf die Sinai-Halbinsel gemäß den internationalen Regeln für den Personenverkehr sowie für Waren und Dienstleistungen offenzuhalten.
9. Die Bundesregierung sollte ihre Bereitschaft zur deutschen Mitwirkung bei der Unterbindung illegaler Waffenlieferungen vom Mittelmeer in den Gazastreifen sowie zur Gewährleistung des ungehinderten Fischfangs in der internationalen 12-Meilen-Zone vor dem Gazastreifen erklären.

Wir schließend uns der Überzeugung des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn an, dass die Palästinenser auch deshalb einen souveränen Staat brauchen, weil ohne ihn Israel nicht in Frieden leben kann. Dazu betonen wir unseren Wunsch, dass die Bundesregierung den um diesen Frieden ringenden Israelis und Palästinenser stärker als bisher ihre politische Aufmerksamkeit widmet und ihnen mehr als bisher die praktische Unterstützung zukommen lässt.

Autoren:

*Judith Bernstein, München, wurde als Tochter von Eltern, die in der NS-Zeit aus Deutschland flüchten mussten, in Jerusalem geboren und ist die jüdische Sprecherin der „Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München“.*

*Dr. Reiner Bernstein, München, war Leiter des Bonner Büros der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bis zum Regierungsantritt Menachem Begin 1977, danach Gründungsmitglied des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (DIAK) und hat ab 2004 in Berlin für die israelisch-palästinensische „Genfer Initiative“ der Zwei-Staaten-Lösung geworben.*

*Dr. Ulrich Kusche, Göttingen, gehörte zu den ersten deutschen Studenten an der Hebräischen Universität in Jerusalem, vertrat dort 1966/67 den Bundesverband der Deutsch.-Israelischen Studiengruppen, war Gründungsmitglied des DIAK und ist als Theologe im christlich-jüdischen sowie im christlich-muslimischen Dialog engagiert.*

*Dr. Tilman Spengler, Ambach am Starnberger See und Berlin, Schriftsteller.*

-----